



Beschluss des Stadtrats

vom 6. Oktober 2021

GR Nr. 2021/313

Nr. 1009/2021

Schriftliche Anfrage von Marcel Tobler, Sofia Karakostas und 15 Mitunterzeichnenden betreffend Abbruch der Verhandlungen mit der EU über ein institutionelles Rahmenabkommen, Bedeutung der bilateralen Verträge für die angesiedelten Branchen, mögliche Auswirkungen des Verhandlungsabbruchs, Engagement der Stadt für die Beziehung zur EU und den europapolitischen Dialog mit der Wirtschaft und der Wissenschaft sowie Vorteile eines Beitritts der Schweiz zur EU oder zum EWR

Am 7. Juli 2021 reichten der Gemeinderat Marcel Tobler (SP) und Gemeinderätin Sofia Karakostas (SP) zusammen mit 15 weiteren Mitunterzeichnenden folgende Schriftliche Anfrage, GR Nr. 2021/313 ein:

Die Stadt Zürich als Zentrum des grössten wirtschaftlichen Ballungsraums sowie bedeutendster Forschungs- und Innovationsstandort der Schweiz ist international stark vernetzt. Diverse Branchen von Finanzplatz, Industrie und Dienstleistungen, Hochschulen und Forschung profitieren wesentlich vom EU-Binnenmarkt und von stabilen Beziehungen der Schweiz zur Europäischen Union. Ein Abseitsstehen der Schweiz, die Erosion der bilateralen Verträge oder die Verschlechterung der Beziehung zur EU hat unmittelbare negative Folgen in der Stadt Zürich.

Der Entscheid des Bundesrates, die Verhandlungen mit der EU über ein Institutionelles Rahmenabkommen zu beenden, lässt mittelfristig negative Auswirkungen befürchten, was den Forschungs- und Innovationsstandort Zürich nachhaltig schädigen wird, mit nicht abschätzbaren Folgen auch für die Wirtschaft. Unmittelbare Nachteile sind bereits bei der Beteiligung der Wissenschaft und Unternehmen am europäischen Forschungsrahmenprogramm eingetreten.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welche Bedeutung misst der Stadtrat den bilateralen Verträgen Schweiz - EU bei? Welche in der Stadt angesiedelten Branchen profitieren besonders von der europäischen Integration der Schweiz und den bilateralen Verträgen?
2. Welche Auswirkungen erwartet der Stadtrat vom Scheitern des Institutionellen Abkommens für Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft der Stadt Zürich?
3. Wie und in welchen Gremien hat sich der Stadtrat für die Schaffung eines stabilen, tragfähigen und zukunftsorientierten Rahmens für die Beziehungen Schweiz-EU eingesetzt bzw. gedenkt dies in Zukunft zu tun?
4. Inwiefern wurde der Stadtrat vor dem strategischen Entscheid des Bundesrates über den Verhandlungsabbruch konsultiert? Welche Position hat der Stadtrat in der Konsultation vertreten?
5. Wie hat der Stadtrat auf den Verhandlungsabbruch reagiert? Hat er seine Haltung beim Zürcher Regierungsrat, beim Bundesrat oder in anderen Gremien vorgebracht?
6. Ist der Stadtrat bereit, sich für eine stärkere Integration der Schweiz in Europa einzusetzen?
7. Wie und wo wird sich der Stadtrat mit anderen Städten und Gemeinwesen koordinieren und dafür sorgen, dass seine europapolitischen Interessen vertreten sind? Welche anderen Gruppierungen sind hierfür relevant?
8. Nimmt der Stadtrat einen europapolitischen Dialog mit der Wirtschaft und der Wissenschaft wahr? Wenn ja inwiefern? Wenn nein, ist der Stadtrat bereit, einen solchen aufzunehmen?



2/5

9. Sieht der Stadtrat Vorteile in einem Beitritt der Schweiz zur EU bzw. zum EWR und wenn ja, welche?
Der Stadtrat beantwortet die Anfrage wie folgt:

Frage 1

Welche Bedeutung misst der Stadtrat den bilateralen Verträgen Schweiz - EU bei? Welche in der Stadt angesiedelten Branchen profitieren besonders von der europäischen Integration der Schweiz und den bilateralen Verträgen?

Die Stadt Zürich und andere Städte in der Schweiz sind die Zentren für Wirtschaft, Bildung, Forschung und Kultur und als solche mit der Europäischen Union (EU) eng verflochten. Eine gute Anbindung an den Binnenmarkt der EU ist ein wichtiger Faktor, da die Städte den Hauptanteil der Schweizer Wirtschaftsleistung erbringen. In Zürich betrifft das besonders den Finanzsektor (Banken, Versicherungen, übrige Finanzdienstleistungen). Das grenzüberschreitende Vermögensverwaltungsgeschäft für Kundinnen und Kunden aus der EU ist ein wichtiger Exportsektor der Schweiz, es werden geschätzt 1000 Milliarden Franken Kundenvermögen aus dem EU-Raum in der Schweiz und somit teilweise auch von Banken in Zürich aus verwaltet (vgl. Stellungnahme Schweizerische Bankiervereinigung, SBVg, 19. März 2019). Dies generiert Steuereinnahmen und Arbeitsplätze für die Stadt Zürich. Weitere bedeutende Dienstleistungsbranchen in Zürich sind die IT, die Forschung und Entwicklung, die Unternehmensdienstleistungen sowie der Gross- und Teile des Detailhandels (u. a. Detailhandel mit Uhren und Schmuck oder mit Elektronik). Diese Branchen leisten substantielle Beiträge zum Zürcher Bruttoinlandsprodukt und sind ebenfalls teils international ausgerichtet (d. h. sie erbringen grenzüberschreitende Dienstleistungen bzw. sind im Aussenhandel tätig). Betrachtet man den Kanton Zürich – für die Stadt Zürich gibt es keine gesonderten Daten – so ist die EU mit einem Anteil von 60 Prozent am Aussenhandel (Importe und Exporte von Gütern) die zentrale Handelspartnerin von hier ansässigen Firmen.

Zürich beherbergt zahlreiche qualitativ hochstehende Universitäten und Fachhochschulen. Für die Hochschulen ist der Zugang zu international vernetzter Forschung zentral. Der Austausch gewährleistet qualitätsfördernden Wettbewerb, Zugang zu renommierten Forschungs- und Bildungsprogrammen wie «Horizon Europe» oder «Erasmus+» und Zugang zu Fördermitteln. Zudem fördert er die Mobilität von Studierenden bzw. von Forschenden, die den Wissens- und Innovationsstandort Zürich wesentlich prägen.

Im Bereich der Kultur spielen die kulturellen EU-Programme wie «Kreatives Europa» für Zürich eine wichtige Rolle, etwa in den Bereichen Ausbildung für Filmschaffende oder durch die Exportförderung von Schweizer Filmen. Dies ermöglicht Schweizer und damit auch Zürcher Kulturschaffenden und Kulturorganisationen, ihre grenzüberschreitenden Aktivitäten auszubauen. Die Verhandlungen über eine Teilnahme der Schweiz für die Programmperiode 2021–2027 konnten nicht abgeschlossen werden.

Für all diese Branchen in Zürich sind gute und stabile Beziehungen mit der EU als unserer wichtigsten Partnerin und Nachbarin von elementarer Bedeutung. Für die Mobilität von Arbeitskräften und die Ansiedelung von Firmen ist ein gutes und geregeltes Verhältnis zur EU ausschlaggebend. Der Zürcher Arbeitsmarkt hat über mehrere Jahre hinweg eine hohe Arbeitskräftenachfrage verbunden mit einem Fachkräftemangel ausgewiesen, was sich auch in einer niedrigen Arbeitslosenquote bis zum Ausbruch der Corona-Pandemie widerspiegelte.



3/5

Frage 2

Welche Auswirkungen erwartet der Stadtrat vom Scheitern des Institutionellen Abkommens für Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft der Stadt Zürich?

Zunächst besteht durch den Verhandlungsabbruch und das Scheitern des Institutionellen Abkommens (InstA) eine Unsicherheit bezüglich des mittelfristigen Zugangs zum EU-Markt. Die Planungssicherheit wird deutlich dadurch erschwert (siehe auch Erosionsmonitor, Avenir Suisse, Trimester Report von August 2021). Die weiteren Folgen für die Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft der Stadt Zürich lassen sich derzeit nicht abschätzen, da die Reaktion und die definitive Position der EU, was die zukünftigen Beziehungen zur Schweiz ohne institutionelles Abkommen im Detail anbelangt, noch nicht bekannt ist.

Bekannt ist, dass die Schweiz dieses Jahr nur noch teilweise am europäischen Forschungsprogramm «Horizon Europe» teilnehmen kann – sie gilt jetzt als nicht-assoziiertes Drittstaat. Damit haben Schweizer Forschende die Möglichkeit verloren, sich für Einzelstipendien zu bewerben und riskieren, mittelfristig den Anschluss an die Spitzenforschung zu verlieren.

Am 26. Mai 2021 hat die EU-Kommission zudem bekannt gegeben, dass eine Aktualisierung des Abkommens über die gegenseitige Anerkennung von Konformitätsbewertungen (MRA), einschliesslich des Kapitels über Medizinprodukte, ohne Einigung über das InstA nicht in Frage kommt. Damit ist die gegenseitige Anerkennung für Medizinprodukte zwischen der Schweiz und der EU nicht mehr gültig. Neue Schweizer Medizinprodukte können nicht mehr ohne weitere Überprüfung in die EU exportiert werden. Da für weitere Produktgruppen (z. B. Bauprodukte oder Maschinen) ebenfalls ähnliche Anerkennungsregeln gelten, die demnächst auslaufen und möglicherweise nicht erneuert werden, besteht die Gefahr einer graduellen Verschlechterung des Marktzugangs für Schweizer Produkte.

Grosse Unternehmen haben oftmals bereits heute mehrere Standorte, innerhalb und ausserhalb der Schweiz, und können somit ihre Produktion auf Standorte innerhalb der EU verlagern und die entsprechenden Vorschriften des EU-Binnenmarkts einhalten. Bei den kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) sind zumeist erhebliche Planungs- und Vorbereitungszeiten sowie Investitionen notwendig, um ihre Produktion zu verlagern. Somit ist es für die KMU viel schwieriger, kurz- bis mittelfristig den EU-Markt von innen zu erschliessen.

Frage 3

Wie und in welchen Gremien hat sich der Stadtrat für die Schaffung eines stabilen, tragfähigen und zukunftsorientierten Rahmens für die Beziehungen Schweiz-EU eingesetzt bzw. gedenkt dies in Zukunft zu tun?

Die Europapolitik ist grundsätzlich Sache des Bundes (Art. 54 BV), wobei die Kantone über Mitwirkungsrechte verfügen (Art. 55 BV), da auch sie in ihren Zuständigkeitsbereichen die Vorgaben aus den bilateralen Verträgen beachten und umsetzen müssen. Die Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) signalisierte ihre Unterstützung für die Unterzeichnung des InstA Anfang Mai 2021, sofern entsprechende Änderungen in der Haltung der EU eine Unterzeichnung in den Bereich des Möglichen rücken sollten. Die Kantone vertraten die Auffassung, dass der Bundesrat alles unternehmen sollte, um einen stabilen Rahmen für die bilateralen Beziehungen zu setzen und eine Negativspirale zu verhindern (vgl. KdK, Medienmitteilung vom 11. Mai 2021).



4/5

Zur Europapolitik äussert sich die Stadt Zürich durch den Schweizerischen Städteverband (SSV). Auch wenn die kommunale Ebene in der Aussenpolitik formell keine Mitwirkungsrechte hat, betrifft die Europapolitik namentlich die Städte und Agglomerationsgemeinden direkt. Der SSV hat sich wiederholt für gute und stabile Beziehungen zur EU eingesetzt und in diesem Zusammenhang die Position vertreten, dass zum einen die bilateralen Verträge mit der EU weiterentwickelt werden sollen, und zum anderen der Abschluss neuer Verträge weiterhin möglich sein muss. Im Rahmen des SSV hat Stadtpräsidentin Corine Mauch in ihrer Funktion als Vizepräsidentin im April 2019 den damaligen Staatssekretär und Chefunterhändler Roberto Balzaretto getroffen und die Position des SSV zum Verhandlungsergebnis des InstA erläutert. Der SSV forderte den Bundesrat zudem auf, dass er Alternativen für den bilateralen Weg Schweiz-EU aufzeigt (vgl. Medienmitteilung SSV vom 19. April 2021).

Direkt äusserte sich der Stadtrat zu einzelnen Teilaspekten der Europapolitik. Er nahm zum Beispiel Stellung in Bezug auf einzelne Teilaspekte (Ablehnung der Durchsetzungsinitiative, vgl. Medienmitteilung vom 13. Januar 2016, Ablehnung der Begrenzungsinitiative, vgl. Medienmitteilung vom 2. September 2020) oder in Bezug auf Themen wie Forschung, Tourismus, Flugverkehr usw.).

Durch die Mitgliedschaft bei Eurocities, dem wichtigsten europäischen Städtenetzwerk, dem die Stadt Zürich 2007 beigetreten ist, findet ein enger Austausch mit Städten aus ganz Europa statt. Dem Netzwerk gehören mehr als 200 Städte in 38 Ländern an mit rund 130 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern. Im Vordergrund steht eine Reihe von stadtspezifischen Themen, doch die Kontakte auf unterschiedlichen Ebenen ermöglichen einen Dialog, der zum besseren Verständnis beiträgt, was die europapolitischen Sensibilitäten der Schweiz angeht.

Fragen 4 und 5

Inwiefern wurde der Stadtrat vor dem strategischen Entscheid des Bundesrates über den Verhandlungsabbruch konsultiert? Welche Position hat der Stadtrat in der Konsultation vertreten? Wie hat der Stadtrat auf den Verhandlungsabbruch reagiert? Hat er seine Haltung beim Zürcher Regierungsrat, beim Bundesrat oder in anderen Gremien vorgebracht?

Die Stadt Zürich wurde nicht über den Verhandlungsabbruch vorinformiert und hat sich nach dem Verhandlungsabbruch nicht explizit öffentlich dazu geäussert, auch nicht gegenüber dem Bundesrat oder dem Regierungsrat von Zürich. Hingegen ist die Haltung der Stadt zur Frage öffentlich bekannt (siehe Antworten auf Frage 3). Nachdem der Bundesrat den Verhandlungsabbruch beschlossen und kommuniziert hat, ist nun er zunächst in der Pflicht, den oder die weiteren möglichen Wege für geordnete Beziehungen zur EU aufzuzeigen. Die Stadt Zürich wird dann abermals durch Stellungnahme im Rahmen des SSV ihre Position einbringen.

Fragen 6 und 7

Ist der Stadtrat bereit, sich für eine stärkere Integration der Schweiz in Europa einzusetzen? Wie und wo wird sich der Stadtrat mit anderen Städten und Gemeinwesen koordinieren und dafür sorgen, dass seine europapolitischen Interessen vertreten sind? Welche anderen Gruppierungen sind hierfür relevant?

Für den Erfolg Zürichs und der Schweiz ist es zentral, dass die guten Beziehungen der Schweiz zur EU weiterentwickelt werden können. Im Gegenzug hat auch die EU ein rationales Interesse an gut funktionierenden Beziehungen zur Schweiz: Für die EU ist die



5/5

Schweiz (nach den USA, dem Vereinigten Königreich und China) die wirtschaftlich viertwichtigste Handelspartnerin und die zweitgrösste Investorin. Der Stadtrat will auch weiterhin auf die kooperative Interessensvertretung setzen, und er pflegt aktiv den Dialog mit seinen wichtigen bestehenden Netzwerken, regional, national und international.

Frage 8

Nimmt der Stadtrat einen europapolitischen Dialog mit der Wirtschaft und der Wissenschaft wahr? Wenn ja inwiefern? Wenn nein, ist der Stadtrat bereit, einen solchen aufzunehmen?

Der Stadtrat pflegt den Austausch mit Wirtschaft und Wissenschaft im Rahmen von etablierten Gefässen, wie zum Beispiel regelmässigen Treffen mit dem Regierungsrat Zürich, mit den Exekutiven der Zürcher Gemeinden und anderen Schweizer Städten. Auch die Mitgliedschaft der Stadt Zürich in unterschiedlichen Verbänden und Vereinen, wie beispielsweise der Metropolitankonferenz Zürich, erlaubt einen regelmässigen Austausch mit Vertreterinnen und Vertretern aus allen relevanten Sektoren. Der Stadtrat veranstaltet regelmässig Kontakt-Lunches, zu denen Vertreterinnen und Vertreter von in Zürich ansässigen Unternehmen und Institutionen zum Gedankenaustausch eingeladen sind, und tauscht sich regelmässig mit der Finanz- und Versicherungsspitze aus. Zudem trifft sich der Stadtrat regelmässig mit den Leitungen der Universität Zürich und der ETH Zürich. Bei diesen vielfältigen Austauschen – insbesondere mit den Hochschulen, steht auch die Bedeutung der Beziehungen zur EU regelmässig auf der Agenda.

Selbstverständlich wird der Stadtrat von Zürich auch in Zukunft konstruktiv zur Fortsetzung des Dialogs zwischen der Schweiz und der EU beitragen.

Frage 9

Sieht der Stadtrat Vorteile in einem Beitritt der Schweiz zur EU bzw. zum EWR und wenn ja, welche?

Der Bundesrat hatte dem Rat der EU am 27. Juli 2016 mitgeteilt, dass das EU-Beitrittsge-such der Schweiz als zurückgezogen zu betrachten sei.

Die Stadtpräsidentin hat sich öffentlich in dem Sinne geäussert, dass der Bundesrat nun nach seinem Entscheid zum Verhandlungsabbruch aufzeigen muss, wie er die Beziehungen zur EU und die Zukunftsfähigkeit der bilateralen Abkommen zu sichern gedenkt. Stabilität und Rechtssicherheit sind vorrangige Bedürfnisse für den Standort Schweiz und die hier ansässige Bevölkerung.

Im Namen des Stadtrats
Die Stadtschreiberin
Dr. Claudia Cuche-Curti